

Schweiz

Hilfe für die Hotellerie gefordert

Die Tourismusbranche fürchtet, mit dem Zweitwohnungsstopp eine wichtige Geldquelle für Investitionen zu verlieren. Nun fordern Berggebietsvertreter, dass der Staat verstärkt Hoteliers subventioniert.

Fabian Renz

Nach der verlorenen Abstimmung über die Zweitwohnungsinitiative mussten tourismusnahe Parlamentarier gestern eine weitere Enttäuschung hinnehmen. Im Ständerat standen zwei Vorlagen zur Debatte, die eine einjährige Befreiung des Hotelleriegewerbes von der Mehrwertsteuer vorsahen. Die Zweitwohnungsgegner hätten eine Förderung der Hotellerie immer befürwortet, betonte der Bündner CVP-Ständerat Stefan Engler – «bitte, hier ergibt sich eine erste Gelegenheit dafür». Es half nichts: Beide Vorlagen – ursprünglich wegen des starken Frankens aufgegleist – wurden mit klaren Mehrheiten abgelehnt. Zur Begründung hiess es unter anderem, Hilfe nach dem Giesskannenprinzip mache kaum Sinn, überdies sei die Befreiung nicht verfassungskonform.

Für Engler ist es nun dringend, dass sich der Bund mit neuen Möglichkeiten der Tourismusförderung befasst. In der Branche fürchtet man nämlich, dass der Hotellerie wegen des Volksvotums vom vergangenen Wochenende künftig das Geld für Investitionen fehlt – dieses stammte oft aus dem Verkauf von Zweitwohnungen. Aus Englers Sicht könnte ein Ausweg darin bestehen, die Unterstützungsmodelle von Österreich und Südtirol zu übernehmen.

Das heisst im Klartext: verstärkte direkte Subventionierung der Hoteliers durch den Staat. Die österreichische Hotel- und Tourismusbank richtet über ihre sogenannten Top-Förderungsprogramme grosszügige Zuschüsse an investitionswillige Hotelunternehmer aus. Auch das zu Italien gehörende Südtirol hilft der Branche mit Kapitalbeiträgen à fonds perdu.

«Nicht ideologisch stur sein»

Die Schweiz zeigt sich hier, nicht zuletzt aus ordnungspolitischen Gründen, bis jetzt viel zurückhaltender. Die Hilfe für die Beherbergungswirtschaft läuft in erster Linie über vergünstigte Darlehen, die von der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit vergeben werden. Angesichts der jüngsten Entwicklung würde CVP-Präsident Christophe Darbellay jedoch einen Umstieg auf direktere Subventionierungsmodelle befürworten: «Wenn unsere Konkurrenten ihre Hotels und Bergbahnen so unterstützen, dann sollten wir nicht ideologisch stur sein.» Gleicher Meinung ist der Bündner Nationalrat Hansjörg Hassler, Fraktionschef der BDP. «Für die Hotellerie muss nun schnell etwas geschehen.» Hassler und seine Gesinnungsfreunde überlegen sich derzeit, wie sie entsprechende Anliegen am besten einpeisen könnten. Sie verweisen auch auf bereits bestehende Fördertöpfe, die nun einer grösseren Dotierung bedürften. Im Vordergrund steht das Instrument der neuen Regionalpolitik, mit der innova-



Fällt der Verkauf von Zweitwohnungen weg, fehlt künftig Geld für Hotelinvestitionen im Berggebiet. Foto: Keystone

tive Projekte in Randgebieten gefördert werden. CVP-Ständerat Engler will überdies in nächster Zeit einen Vorstoss einreichen, in dem er vom Bundesrat die Erarbeitung einer eigentlichen Berggebietsstrategie fordert.

«Pendant zu Economiesuisse»

Für CVP-Chef Darbellay steht aber auch das Berggebiet selber in der Pflicht – vor allem in einer strategischen. Der Kampf um die Initiative habe eines gezeigt: «Die strukturschwachen Regionen, das Berggebiet und der ländliche Raum müssen sich besser organisieren und finanziell bestücken.» Darbellay hofft sogar, dass die heute bestehende Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet zu einem «schlagkräftigen Verband für Abstimmungskampagnen» entwickelt werden könnte – «ein Pendant zu Economiesuisse».

Ständemehr Darbellay erwägt höhere Initiativhürden

CVP-Präsident Christophe Darbellay ist erzürnt darüber, dass das bevölkerungsreiche Mittelland dem Berggebiet einen Baustopp für Zweitwohnungen aufzwingt. Aus diesem Grund lanciert er jetzt einen provokanten Vorschlag: Er möchte für künftige Abstimmungen ein höheres Ständemehr prüfen. Heute braucht eine Initiative neben dem Volksmehr mindestens 12 von 23 Ständestimmen – eine mehr als die Hälfte –, um als angenommen zu gelten. Darbellay würde demgegenüber eine Art Sperrminorität (in noch nicht bestimmter Höhe) installieren. Es gelte zu verhindern, dass knappe Volks- und Kantonsmehrheiten Randregionen oder andere Minderheiten «regelrecht unterdrücken» könnten. Die Zweitwohnungsinitiative nahm in der Tat beide Hürden nur knapp: Sie wurde von 50,6 Prozent der

Stimmenden sowie von 13,5 Ständen gutgeheissen – das Berggebiet lehnte sie ab.

Andere CVP-Vertreter hegen bereits weitergehende Pläne. Nationalrat Gerhard Pfister will die Lancierung einer Volksinitiative zur Stärkung des Föderalismus prüfen. Ob eine solche Initiative beim Ständemehr oder anderswo ansetzen müsste, ist gemäss Pfister noch offen. Darbellay setzt derzeit eher auf den parlamentarischen Weg.

Das Ständemehr wird periodisch immer wieder zum Thema in Bundesbern. Die Linke tendiert eher in Richtung Abschaffung. Viele SP-Vertreter finden es ungerecht, dass ein Kleinkanton wie Uri dasselbe Gewicht wie Zürich hat. Die SVP wiederum sieht kaum Anlass zu einer Änderung: Das heutige System sei «fein austariert», findet Nationalrat Hans Fehr. (fre)

Nationalrat für Abzug auf hohen Löhnen

Grossverdiener sollen mehr zur Entschuldung der Arbeitslosenversicherung (ALV) beitragen. Der Nationalrat hat sich gestern für ein ALV-Solidaritätsprozent auf den Lohnanteilen von über 315 000 Franken ausgesprochen. Zurzeit beträgt der Abzug auf Löhnen bis 126 000 Franken 2,2 Prozent. Auf Löhnen zwischen 126 000 und 315 000 Franken muss ein Solidaritätsprozent bezahlt werden. Darüber gab es bisher keine ALV-Züge. Diesen Deckel will der Nationalrat nun aufheben. Unter dem Blickwinkel der Solidarität sei eine Grenze bei 315 000 Franken nicht logisch, sagte Dominique de Bumann (CVP, FR) im Namen der vorberatenden Kommission.

Stimmt auch der Ständerat zu, würde diese Massnahme der Arbeitslosenversicherung jährlich 79 Millionen Franken zusätzlich zuführen. Zurzeit hat sie Schulden von etwa 6 Milliarden. Mit dem zusätzlichen Prozent könne die ALV ihre Schulden innerhalb von 15 Jahren abbauen, sagte Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. (sda)

Kurz

Kantonale Wahlen I
In der Waadt treten
fünf Kandidaten nochmals an

Zum zweiten Wahlgang der Waadtländer Regierungswahlen vom 1. April treten fünf Kandidaten an: Für die Rechte ist es Claude-Alain Voiblet (SVP), für die Linke sind es die beiden bisherigen Staatsrätinnen Béatrice Métraux (Grüne) und Anne-Catherine Lyon (SP) sowie Nuria Gorrite (SP). Für die Mitte-Allianz kandidiert Emmanuel Gétaz von Vaud Libre. Claude Béglé (CVP), der frühere Post-Verwaltungsratspräsident, hat sich zurückgezogen. Zu besetzen sind noch drei der sieben Sitze. (sda)

Kantonale Wahlen II
St. Galler SP und SVP halten
an ihren Kandidaten fest

Der zweite Wahlgang um den verbleibenden Sitz in der St. Galler Regierung ist lanciert: Die SVP hält an ihrem Kandidaten Michael Götte fest, die SP-Geschäftsleitung schlägt erneut Fredy Fässler vor. Die CVP entscheidet morgen, ob sie am 29. April ebenfalls antritt. (sda)

Bundesangestellte
Gleiche Bedingungen wie
in der Privatwirtschaft

Das Bundespersonal soll künftig zu ähnlichen Bedingungen angestellt werden wie Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. In der Beratung des Bundespersonalgesetzes ist der Ständerat gestern mehrheitlich dem Vorschlag des Bundesrates gefolgt. Die einzige gewichtige Differenz betrifft die Sprachbildung. So soll der Bund bei den höheren Kadern die aktiven Kenntnisse einer zweiten Amtssprache und die passiven Kenntnisse einer dritten Amtssprache fördern müssen. (sda)

Todesstrafe
Volksinitiative ist
definitiv gescheitert

Die Volksinitiative «Todesstrafe bei Mord mit sexuellem Missbrauch» ist definitiv vom Tisch. Gemäss einer Mitteilung der Bundeskanzlei ist die Sammelfrist am 24. Februar ungenutzt abgelaufen. (sda)

Genf
Untersuchung gegen mehrere
Gefängniswärter eingeleitet

Mehreren Gefängniswärtinnen der Genfer Haftanstalt Champ-Dollon wird vorgeworfen, einen Insassen verprügelt zu haben. Gegen die Wärter wurde daher eine Strafuntersuchung eröffnet. Die Untersuchung ins Rollen gebracht hatte Gefängnisdirektor Constantin Franziskakis. «Ich warte nun erst die Strafuntersuchung ab, bevor ich mit der Administrativuntersuchung weiterfahre», sagte Franziskakis gestern. Damit bestätigt er eine Meldung der «Tribune de Genève». (sda)

Korrigendum

BDP hatte nicht den Lead

Im Nein-Komitee zur Zweitwohnungsinitiative hatte nicht die BDP den Lead («Bund» vom 12. März), sondern die GLP. (len)

Erfahrungen mit der Alpeninitiative

Auch wer mit seiner Initiative gewinnt, hat es noch lange nicht geschafft

Was der Initiative zu den Zweitwohnungen droht, zeigt die Umsetzung der Alpeninitiative exemplarisch: Wortbrüche, Verzögerungen, Umdeutungen.

Jean-Martin Büttner

Nachteilig für das Gewerbe, schlecht für die Bergkantone, in einem Wort: unrealisierbar. Solche Reaktionen prasselten auf die Mehrheit der 52 Prozent nieder, die am 20. Februar 1994 die Alpeninitiative angenommen hatte. Und sich damit gegen mehr Verkehr und alpenquerende Strassen aussprach.

Ähnliches muss sich jetzt die knappe Mehrheit anhören, die am Sonntag die Zweitwohnungsinitiative bejahte. In beiden Fällen unterlagen die bürgerlichen Parteien und damit die Wirtschaft, und in beiden Fällen fielen die Reaktionen heftig aus. «Die Parallelen sind tatsächlich verblüffend», sagt Adolf Ogi, der damals als Verkehrsminister die Alpeninitiative bekämpfte – gegen seine eigene Überzeugung, wie er heute sagt. Mit solchen Resultaten müsse man eben immer

rechnen, glaubt er, «wenn es um Tiererschutz geht, um die Natur, um das Überleben jeglicher Art, um die drohende Zerstörung von Heimat». Dafür spreche auch, dass mehrere direkt betroffene Gemeinden für die Initiative gestimmt hätten, zum Beispiel sein Heimatdorf Kandersteg.

Diese Art von Sympathien, glaubt der Alt-Bundesrat, hätten die Gegner der Zweitwohnungsinitiative zuerst falsch beurteilt und dann viel zu spät auf ihren Fehler reagiert. Warum das Resultat der Alpeninitiative sie nicht vorgewarnt hätte, fragt man ihn. Er lacht. «Niemand ist so vergesslich wie die Politiker.»

Einer, der nicht vergessen hat, ist der Walliser Alpenschützer Andreas Weissen, der sich jahrzehntelang für die

Alpeninitiative und ihre Umsetzung eingesetzt hat. Auch ihm kommen die Reaktionen auf das Abstimmungsergebnis vom Sonntag vertraut vor. Vor allem die Empörung jener Verlierer, die nicht mit einer Niederlage gerechnet haben.

Stramm stehen von Fall zu Fall

«Kommt ein Volksentscheid aus dem rechten Lager, stehen die Bürgerlichen meistens stramm, denn das rechte Volk ist auch das richtige», sagt Weissen. Gewannen aber grüne und konservative Umweltschützer, würden alle möglichen Tricks und Ränkespiele eingesetzt. Man spiele auf Zeit, verwässere die Ziele, formuliere Ausnahmen, schwäche die Kontrollmöglichkeiten ab. Und profitiere davon, dass die Schweiz kein Verfassungsgericht kenne. «Offenbar ist die Bodenspekulation in den Berggebieten dermassen wichtig, dass man glaubt, darauf Rücksicht nehmen zu müssen», sagt Weissen.

Die Skepsis des Wallisers gründet auf seinen langjährigen Erfahrungen mit der Alpeninitiative. Die Übergangsbestimmungen für den Verkehr seien vor acht Jahren abgelaufen, sagt er, aber die Frist bereits zum zweiten Mal auf 2018



Adolf Ogi.



Andreas Weissen.